

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

#### **auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6021 –**

#### **Über Neonazizentrum in Sangerhausen berichten**

Nach einem Bericht des antifaschistischen Informationsdienstes „blick nach rechts“ in der Ausgabe vom 5. April 2001 versuchen Neonazis derzeit bundesweit mit einem „Spendenaufruf für ein nationales Projekt“ im sachsen-anhaltinischen Sangerhausen Spendengelder und Unterstützung beim Aufbau eines Neonazizentrums zu sammeln. Aus dem Spendenaufruf, der u. a. in den „Nachrichten der HNG“, der Publikation der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)“ und diversen anderen Neonazi-Publikationen erschienen sei, gehe hervor, dass in Sangerhausen „ansässige Neonazis im Besitz eines 5 000 Quadratmeter großen Grundstücks, auf dem sich auch ein renovierungsbedürftiges 8-Familienhaus befindet“ (blick nach rechts, 7/2001), sind. Dieses Haus solle künftig von „sozial schwachen nationalen Familien“ genutzt werden. Laut „blick nach rechts“ soll es sich bei dem Drahtzieher des Projektes um das HNG-Mitglied E. M. handeln, unter dessen Postfachadresse in Sangerhausen die Neonazi-Zines „Bragi“ und „Ostara“ firmierten und die rechtsextreme Gefangenenzeitung „Reaktion 88“ nach wie vor erreichbar sei.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Pläne bzw. den derzeitigen Stand beim Aufbau eines Neonazizentrums in Sangerhausen?

In dem Skinhead-Fanzine „OSTARA“, in den monatlich von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG“ sowie im Internet wird anonym unter der Bezeichnung „E. M.“ zu Spenden „für ein nationales Projekt“ aufgerufen. Diese sollen für ein Achtfamilienhaus auf einem 5 000 qm großen Grundstück verwendet werden, das „sozial schwachen nationalen Familien“ Wohnraum bieten soll.

2. Welche rechtsextremen Organisationen oder Einzelpersonen sind nach Kenntnis der Bundesregierung an dem „Projekt“ beteiligt?

Es dürfte sich u. a. um ein führendes Mitglied der regionalen Skinhead- und Neonaziszene handeln. Zu Einzelheiten, die Rückschlüsse auf Qualität und Quantität nachrichtendienstlicher Zugänge zulassen würden, kann öffentlich nicht Stellung genommen werden.

3. Gab oder gibt es vergleichbare Versuche zum Aufbau von Neonazizentren auch andernorts?

Wenn ja, welche sind dies (bitte für die letzten fünf Jahre einzeln aufschlüsseln nach Jahr, Ort, Größe und den daran beteiligten rechtsextremen Organisationen oder Einzelpersonen)?

In der Vergangenheit hat es in der Neonaziszene immer wieder Versuche gegeben, Begegnungs- und Schulungszentren aufzubauen. Solche Versuche blieben in den letzten Jahren erfolglos. So erwarb im Jahr 1998 ein Neonazi im Landkreis Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) eine Immobilie mit dem Ziel, mittelfristig ein rechtsextremistisches Tagungs- und Schulungszentrum zu etablieren. Das Vorhaben ist bisher nicht realisiert worden. Ebenfalls im Jahr 1998 rief ein Neonazi in der neonazistischen Publikation „Sonnenbanner“ zu Spenden für ein nicht verwirklichtes Schulungszentrum auf.

4. Wurden bereits Initiativen der Bundes- oder/und Landesbehörden gegen das geplante Nazizentrum in Sangerhausen unternommen oder sind entsprechende Aktivitäten geplant, und wenn ja, welche waren das bzw. werden dies sein?

Wenn nein, warum nicht?

Die Angelegenheit fällt in die Zuständigkeit des Landes. Die Bundesregierung äußert sich im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Fragen grundsätzlich nicht zu Maßnahmen der Landesbehörden.